Vierteljahreszeitschrift | 5. Jahrgang | D 22350

journal
FÜR POLITISCHE BILDUNG

3
2015

Erinnerungskultur in Europa

Top-down, Bottom-up:
Europäisierung des Gedenkens

Gedenkstätten, -tage, -museen

Holocaust vs. GULag,
West gegen Ost?

Praxis Internationale Jugendarbeit

WOCHEN
SCHAU
VERLAG

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

JOURNAL
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Erinnerungskultur in Europa

bap

Top-down, Bottom-up:
Europäisierung des Gedenkens

Gedenkstätten, -tage, -museen

Holocaust vs. GULag, West gegen Ost?

Praxis Internationale Jugendarbeit

Herausgegeben
vom Bundesausschuss Politische Bildung
und Wochenschau Verlag

WOCHEN SCHAU VERLAG

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

IMPRESSUM – JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Herausgegeben wird das JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG (ein Zusammenschluss von kursiv und Praxis Politische Bildung) vom Bundesausschuss Politische Bildung, vertreten durch Klaus Waldmann (Vorsitzender), und dem Wochenschau Verlag, vertreten durch Bernward Debus.

Redaktionsleitung: Felix Münch, Brandgasse 10, 35390 Gießen, Tel.: 0641/4983934, journal@wochenschau-verlag.de

Jugendbildung: Prof. Dr. Benno Hafeneger lehrt an der Philipps-Universität Marburg zu „Jugend und außerschulischer Jugendbildung" (Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Str. 6b/II, 35032 Marburg, Tel.: 06421/2825173, Fax: 06421/2828946, benno.hafeneger@staff.uni-marburg.de)

Non-formale Bildung: Benedikt Widmaier, Politikwissenschaftler, Direktor des Hauses am Maiberg in Heppenheim (Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, Ernst-Ludwig-Str. 19, 64646 Heppenheim, b.widmaier@haus-am-maiberg.de)

Erwachsenenbildung: Dr. Christine Zeuner, Professorin für Erwachsenenbildung an der Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg (Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Tel.: 040/6541-2796, Fax: 040/6541-2546, zeuner@hsu-hh.de)

Beiträge und Meinungsäußerungen zur Diskussion sind erwünscht. Die Annahme setzt voraus, dass der Verfasser denselben Gegenstand nicht gleichzeitig an anderer Stelle behandelt oder den Beitrag bereits anderweitig veröffentlicht hat bzw. zur Veröffentlichung eingereicht hat. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Sie können zurückgeschickt werden, wenn Rückporto beigefügt ist.

Urheberrecht: Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Verlag und Vertrieb: WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Verleger: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Geschäftsführung: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Silke Schneider, Vertriebsleitung: Gesa Fallenstein, Tel.: 06196/86065, Fax: 06196/86060, info@wochenschau-verlag.de, www.wochenschau-verlag.de

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Förderung: Die Zeitschrift wird aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Bezugsbedingungen: Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Einzelheftpreis 18,00 Euro; im Abonnement 14,95 Euro; Jahresabonnement 59,80 Euro; alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten. Die Kündigungsfrist für das Abonnement beträgt acht Wochen zum Jahresende (31.10.). Bankverbindung: Volksbank Weinheim, Kto. 000 127 0907, BLZ 670 923 00, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM. Wir empfehlen die preiswerteste und bequeme Zahlung im Lastschriftverfahren.

Anzeigenleitung: Brigitte Bell, 69469 Weinheim, Tel.: 06201/340279, Fax: 06201/182599, brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Anschriftenänderung: Um die pünktliche Lieferung sicherzustellen, bitte Anschriftenänderungen rechtzeitig (mit Angabe der alten Adresse) dem Verlag mitteilen.

Grafische Gestaltung: Klaus Ohl, Wiesbaden

© WOCHENSCHAU VERLAG, Schwalbach/Ts., Dr. Kurt Debus GmbH

ISSN 2191-8244 | www.journal.wochenschau-verlag.de | journal@wochenschau-verlag.de | www.wochenschau-verlag.de | www.bap-politischebildung.de | info@bap-politische Bildung.de

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

INHALT

Editorial 5

SchwerPunkt **ERINNERUNGSKULTUR IN EUROPA** 7

Uwe Berndt
Europa als Konfliktgemeinschaft der Erinnerungskulturen 8

Oliver Plessow
Die Europäisierung der Schoaherinnerung im Bildungssektor 16

Ljiljana Radonić
Postsozialistische Gedenkmuseen und die „Europäisierung des Gedenkens" 26

Stephan Schwieren, Dirk Mävers
Perspektivwechsel ermöglichen
Ein Beispiel für Geschichtskultur 36

Konstantin Dittrich
Historisch-politische Bildung mit Kriegsgräbern
Aus der Praxis internationaler Jugendbegegnungen 44

MitDenken Benno Hafeneger
Politische Bildung für „Unpolitische"?
Reflexionen zu einem Dauerthema 54

ÜberGrenzen Claus Leggewie
Warum der 23. August (1939) kein paneuropäischer Gedenktag geworden ist – und wie man dies ändern könnte 62

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Karolina Hajjar, Maria Lambridou
Weiterentwicklung Internationaler Jugendarbeit unter besonderer Berücksichtigung bildungsbenachteiligter Jugendlicher in NRW **70**

LeseZeichen **77**
Politische Jugendbildung – nachhaltig wirksam / Eine deutsche Biographie / Bildikonen europäischer Politikgeschichte / Pädagogik der Anerkennung / Mehr als Fachwissenschaft

VorGänge **87**
Ungleichheiten in der Demokratie – Bundeskongress politische Bildung / Preis Politische Bildung 2015 und Walter-Jacobson-Preis / Politische Bildung im Gespräch – Parlamentarischer Abend / Praxisorientierte Angebote: Die Transferstelle politische Bildung / GPJE-Nachwuchstagung in Gießen

AugenMerk **97**
ebb-aede: Europäische Erziehung / Förderung: Weiterführung der Vielfalt-Mediathek gesichert / Partizipation: Neue Veröffentlichung / (Internationale) Jugendarbeit: Diversitätsbewusstsein / Personen & Organisationen / Veranstaltungen

Weitere Heftplanung

Journal für politische Bildung

Heft 4/15 **Unzufriedene Demokraten**
Redaktionsschluss: 14. August 2015

Heft 1/16 **Medien wirken**
Redaktionsschluss: 6. November 2015

Heft 2/16 **Vertreibung, Flucht, Asyl**
Redaktionsschluss: 12. Februar 2016

Heft 3/16 **Arbeitswelt 4.0**
Redaktionsschluss: 13. Mai 2016

Heft 4/16 **Besser leben**
Redaktionsschluss: 12. August 2016

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Lange hat sich die Überbetonung der Geschichte nicht mehr so sehr zum Schaden der Gegenwart ausgewirkt wie heute. Aktuell sind sich Deutschland und viele westeuropäische Staaten nach innen sowie nach außen uneins in der Frage, wie man mit der russischen Aggression gegenüber der Ukraine und dem dortigen Krieg umgehen soll. Das größte Geschütz in deutschen, westeuropäischen und russischen Geschichtsdebatten – Faschismus, Holocaust und Zweiter Weltkrieg – wird von beiden Seiten aufgefahren, während die spezifischen Erfahrungen der Staaten Mittel- und Osteuropas, nämlich das *divide et impera* der Großmächte, kulminierend im Hitler-Stalin-Pakt von 1939 und den Okkupationen, Repressionen und Deportationen unter deutscher und dann sowjetischer Herrschaft bis 1989, oft übergangen werden. Und während man in Deutschland und Europa den Minimalkonsens für ein Vorgehen gegenüber Russland diskutiert, bereitet man sich in Estland, einem EU- und NATO-Mitglied (allerdings ohne völkerrechtlich gültigen Grenzvertrag mit Russland), vielerorts auf eine Invasion oder Infiltration russischer Truppen vor, auch weil dort die Erinnerung an die längere und präsentere Sowjetherrschaft mit großrussischer Prägung lebendiger und gegenwärtiger ist als anderswo: Hier liegt die eigene GULag-Erinnerung in Widerstreit mit dem (west)europäischen Holocaust-Gedächtnis, welches teils importiert, teils oktroyiert wurde. Insbesondere in Konfliktsituationen *teilen* die europäischen Staaten keine gemeinsame Erinnerung, die positiv in die Gegenwart wirken könnte, sondern diese Erinnerung wirkt *teilend*.

Neben den aktuellen erinnerungskulturellen Trennlinien in Europa behandelt diese Ausgabe des Journal auch positive Beispiele geteilter Erinnerung und stellt Institutionen, Museen und Projekte vor, die auf eine Überwindung dieser Trennlinien hinarbeiten. So ist die Entwicklung der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen von der blutigen Erbfeind- zur engen Partnerschaft im erinnerungskulturellen Bereich auch eine Erfolgsgeschichte der politisch-historischen Bildung und Ihrer Initiativen, Partnerschaften, Seminare und Austausche. *Claus Leggewie* vertritt die Auffassung, „dass ein supranationales Europa nur dann eine tragfähige *politische* Identität erlangen kann, wenn die öffentliche Erörterung und wechselseitige Anerkennung strittiger Erinnerungen ebenso hoch bewertet wird wie Vertragswerke, Binnenmarkt und offene Grenzen: Wenn das vereinte Europa also eine *geteilte* Erinnerung hat, die vergangene Konflikte [...] in aller Deutlichkeit benennt, sie aber auch in zivilen Formen bearbeitet und genau darüber eine Gemeinsamkeit wachsen lässt, die die Europäische Union nach innen und außen handlungsfähig macht." Was im bilateralen Bereich – wie beim deutsch-französischen Beispiel – schon oft eine Erfolgsgeschichte ist, kann auch auf europäischer Ebene in Zukunft Wirkungsmächtigkeit entfalten. Unaufgearbeitete Verbrechensgeschichte unterminiert allerdings den Weg in die Demokratie, und hier ist auch die politische Bildung in der Pflicht.

Eröffnet wird das Heft mit einem Beitrag von *Dr. Uwe Berndt* (Studienhaus Wiesneck), der grundlegend das Beharrungsvermögen der Nation als zentraler Erinnerungsgemeinschaft erörtert, weshalb die *eine* europäische Erinnerungskultur zunächst Utopie bleibe. *Prof. Dr. Oliver Plessow*

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

(Universität Rostock) zeichnet im Anschluss daran nach, in welcher Weise der Bildungssektor zu einer Kollektivierung der Schoaherinnerung auf europäischer Ebene beiträgt. Der Autor legt dar, wie transnational agierende Institutionen Einfluss auf die Debatte nehmen und welche Auswirkungen dies auf den Europäisierungsprozess hat. *Dr. Ljiljana Radonić* (Justus-Liebig-Universität Gießen/Österreichische Akademie der Wissenschaften) setzt diese grundsätzlichen Überlegungen zur Europäisierung des Gedenkens fort und gibt einen Überblick über die Transformierung von nationalen Perspektiven und Opfermythen durch europäische Bezüge am Beispiel von postsozialistischen Gedenkmuseen.

Internationale Jugendarbeit ist dann Thema der folgenden beiden Beiträge, die aus dem Blickwinkel der Praxis geschrieben sind. Anhand einer deutsch-polnisch-ukrainischen Jugendbegegnung stellen *Dirk Mävers* (Max-Planck-Gymnasium, Groß-Umstadt) und *Stephan Schwieren* (Haus am Maiberg, Heppenheim) die Methode „Zeitreise" vor, die zur Vermittlung einer diversitätsbewussten außerschulischen Geschichtskultur beitragen kann. Die Beiträge zum SchwerPunkt-Thema werden durch einen Praxisbericht von *Konstantin Dittrich*, Referent für Jugend- und Bildungsarbeit beim Landesverband Hessen im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, über die friedenspädagogisch ausgerichteten internationalen historisch-politischen Bildungsaktivitäten des Volksbundes abgerundet.

Außerhalb des Schwerpunkts nimmt *Prof. Dr. Benno Hafeneger* (Philipps-Universität Marburg), Mitglied der Journal-Redaktion, in der Rubrik MitDenken die Zielgruppe der „politikfernen" Jugendlichen in den Fokus. *Prof. Dr. Claus Leggewie* (Justus-Liebig-Universität Gießen/KWI) resümiert in einem Beitrag bei ÜberGrenzen die geschichtspolitischen Bestrebungen, einen paneuropäischen Gedenktag an die Opfer der stalinistischen und nazistischen Verbrechen zu etablieren, und setzt die entsprechenden Diskurse in Beziehung zum aktuellen Krieg in der Ukraine und der russischen Selbstexklusion aus Europa. Abschließend verbinden *Karolina Hajjar* und *Maria Lambridou* (aktuelles forum) die Praxisbeiträge des SchwerPunkts mit den Implikationen *Hafenegers* in MitDenken in Form eines Projektberichts über Internationale Jugendarbeit mit „bildungsbenachteiligten Jugendlichen".

Die folgenden Rubriken enthalten Rezensionen, Nachrichten, Kommentare und Materialien zur Bildungsszene. Unter VorGänge geht Klaus Waldmann insbesondere auf den zurückliegenden Bundeskongress politische Bildung ein. Alle Mitarbeiter/-innen der politischen Bildung sind aufgefordert, vom Journal als Forum für den fachlichen Diskurs Gebrauch zu machen. Zu den Themenschwerpunkten sollten möglichst frühzeitig Anregungen und Vorschläge an die Redaktion gerichtet werden. Das Gleiche gilt für Hinweise auf Projekte, Veranstaltungen u. a. Dabei sind die Redaktionstermine der Zeitschrift (siehe Heftplanung) zu berücksichtigen.

Die Journal-Redaktion

Benno Hafeneger, Felix Münch (verantwortlich), Benedikt Widmaier, Christine Zeuner

Kontakt: journal@wochenschau-verlag.de

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

*Schwer*Punkt

© Europe Union Puzzle © Dreaming Andy

Erinnerungskultur in Europa

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Europa als Konfliktgemeinschaft der Erinnerungskulturen

UWE BERNDT

Dr. Uwe Berndt ist Studienleiter im Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e.V.

Erinnerungskultur – ein europäisches Thema?

Erinnerungskulturen in Europa in ihren nationalen Varianten und empirischen Ausprägungen sind – sogar mit einem besonderen Schwerpunkt auf dem postkommunistischen Osten Europas – ein vielfach wissenschaftlich analysiertes Thema. Es stellt sich jedoch die spannende Frage, ob eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur wünschenswert und möglich wäre.

„Erinnerungskultur" hat als Wortneuschöpfung in Deutschland das pathetische Wort „Vergangenheitsbewältigung" als Leitbegriff abgelöst. „Erinnerung" – oder präziser „Gedächtnis" (als eine konstruierte Erinnerung) – kristallisiert sich an „Erinnerungsorten". Das sind nicht nur Orte im geografischen Sinn, sondern auch symbolische Daten („das Kriegsende"). Erinnerungskultur ist Hans-Günter Hockerts zufolge ein „lockerer Sammelbegriff für die Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte für die Öffentlichkeit" (Hockerts 2001: 16). Er überlappt mit dem Begriff der Vergangenheits- bzw. Geschichtspolitik, die Regierungen und Parlamente mit Gedenktagen, Denkmälern und Gesetzen formen. Nicht zuletzt ist Erinnerungskultur ein von Populärwissenschaft und Massenmedien geprägtes *Crossover*. Es folgt einer Ökonomie der Aufmerksamkeit, in der Fachhistoriker ihre Deutungshoheit gegenüber den Medien verlieren. Zugespitzt formuliert: *Gedächtnis* verdrängt *Geschichte*.

Der „Bewältigungsweltmeister" in Selbstzweifeln

In der Bundesrepublik ist es nach Beschweigen und Verdrängen seit den 1980er Jahren zu einer von zivilgesellschaftlichem Engagement angestoßenen und getragenen Aufbauphase

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

der Erinnerungskultur gekommen. Sie wird nun fortlaufend perfektioniert: In München eröffnete das *NS-Dokumentationszentrum*, in Hamburg wird ein Denkmal für Deserteure und andere Opfer der NS-Militärjustiz realisiert. In die Staatsräson der Bundesrepublik ist das Bekenntnis zu Schuld und Verantwortung für den Zivilisationsbruch durch den nationalsozialistischen Völkermord normativ eingeschrieben. Die deutsche Erinnerungskultur hat international zuweilen den Ruf, sie könne Blaupause und Exportmodell sein.

Und dann das: Seit Jahren mehren sich in Deutschland die Kampfschriften gegen eine „Gedenkindustrie", gegen „Versöhnungskitsch" und die zu einer „affirmativen Staatskultur" regredierte Erinnerungsroutine, die sich auf Pathosformeln beschränke (vgl. Langenbacher/Eigler 2005). Diese Kritik kommt nicht etwa aus den Krähwinkeln der Ewiggestrigen, sondern von liberaler und kritischer Seite. Aleida Assmann (2013) hat auf das „neue Unbehagen an der Erinnerungskultur" mit Verständnis in alle Richtungen interveniert. Sie ordnet dieses Unbehagen in einen dreifachen Wandel ein: Es ist (1) der Überdruss wegen der Allgegenwart bzw. Redundanz des Vergangenheitsthemas, (2) ein doppelter Generationenwechsel, weil die kurze Ära der Zeitzeugen enden wird und die vermeintliche Deutungshoheit der 68er-Generation von den nachfolgenden Generationen als vormundschaftlich zurückgewiesen wird. Zudem (3) wird so etwas wie ein „nationales Gedächtnis" mit der Aufweichung von Zugehörigkeit in der Einwanderungsgesellschaft und im zusammenwachsenden Europa fraglich.

Dana Giesecke und Harald Welzer (2012) kritisierten mit sozialpsychologischen Argumenten die Gegenwartsvergessenheit der Erinnerungskultur. Es ist aber fraglich, was das von ihnen nach dem Vorbild eines *Science Center* projektierte *Haus der menschlichen Möglichkeiten* den modernisierten Gedenkstättenkonzeptionen voraushaben soll. Gedenkstätten sind zumeist nicht mehr quasisakrale Orte, an denen mit einem Trauerimperativ gearbeitet wird. Sie sind vielfach Lernorte, an denen durch handlungsorientierte und forschende Methoden Jugendlichen vermittelt wird, wie die menschenfeindliche Behauptung von rassischer Ungleichwertigkeit Gewalt in einer Gesellschaft alltäglich macht und Täter erzeugt werden (vgl. Knigge 2010). Das öffnet den von Welzer geforderten Blick auf ein mögliches Gegenhandeln.

Ein weltweiter Gedächtnisboom

Hierzulande weiß kaum jemand, dass sich in Asien die Gedenkstätten zum Zweiten Weltkrieg mehren. Die im Ausland vielbeachtete Erinnerungskultur der Bundesrepublik ist international weder einzigartig noch repräsentativ. Sie ist ein Segment eines anhaltenden epochalen *memory boom*. Der maßgebliche Mentalitätshistoriker Pierre Nora sprach von einer „Ära des leidenschaftlichen, konfliktbeladenen, fast zwanghaften Gedenkens" (Nora 2001/2002: 18). Nach den friedlichen Revolutionen meldete sich das „wiedergefundene Gedächtnis" Osteuropas zurück und nach dem Ende der Apartheid in Südafrika und der dort eingesetzten „Wahrheitskommission" wurden die Zeichen für die wirkliche Globalisierung des Gedächtnisses gesetzt. Es entstanden vielgestaltige, aber vergleichbare Formen der Vergangenheitsbewältigung. Hiermit korrespondiert ein veränderter internationaler und völkerrechtlicher Umgang mit Staatsverbrechen.

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

Europäisierung durch das Holocaust-Paradigma

In Westeuropa wurde, von den USA ausgehend, der Holocaust zum universellen Bezugsrahmen und zum Sinnbild der Opfererfahrung schlechthin (vgl. Radonić 2010: 21). Im Januar 2000 fand in Stockholm eine internationale Holocaust-Konferenz statt, an der neben Überlebenden und Wissenschaftlern Delegationen aus knapp 50 Staaten teilnahmen. Ihre Schlusserklärung deklarierte so etwas wie einen europäischen Erinnerungsstandard. Als „negative Ikone" bzw. als Gründungsmythos Europas (im Sinne eines „Nie wieder!") sollte der Holocaust die europäische Integration moralisch legitimieren und Identität stiften. Damit ging eine enorme Aufwertung der „Erinnerung" und des „Opfers" einher. Das leidende Opfer als Individuum oder Gruppe hat in vielen „postheroischen" Gesellschaften die Stelle des Helden eingenommen. Daraus folgten jedoch auch Konkurrenzen um den symbolisch begehrten Opferstatus bzw. Streit um Opferhierarchien. Indem alle irgendwie Opfer sind, wird von den konkreten Opfern und Tätern bzw. Tätergesellschaften unhistorisch abstrahiert. Im Fachjargon spricht man von „Entkontextualisierung", die die Geschichtspolitik mancher Regierungen sogar strategisch betreibt.

Grenzziehung zwischen „altem" und „neuem Europa"

Die EU wurde zu einem geschichtspolitischen Akteur, nachdem der eigentlich prädestinierte Europarat durch Mitgliedsstaaten wie Russland und die Türkei gehandicapt war. So wurde „Straßburg" von „Brüssel" überrundet, das sich das Geschäftsfeld erschloss, um das größer gewordene EU-Integrationsprojekt kulturell und identitätsstiftend zu unterfüttern. *Commemoration* bzw. *Rememberance* lauten seither im „EU-Sprech" die einschlägigen Begriffe.

Das Vorhaben, das eigentlich der Schaffung eines europäischen Wir-Gefühls dienen sollte, erwies sich als entzweiend. Es tat sich ein Graben zwischen zwei konkurrierenden Erinnerungsansprüchen auf. In der westeuropäisch geprägten Hegemonie des Holocaust-Paradigmas vermuteten die ostmitteleuropäischen und baltischen Eliten eine halbierte Geschichte der Opfer totalitärer Regime. Sie forderten, auch die Erfahrungen ihrer Länder mit sowjetisch geprägten Diktaturen zum Fundament einer europäischen Erinnerung zu machen. Das „alte Europa" hingegen argwöhnte wie im Konflikt um den Irakkrieg 2003 einen Sonderweg der „neuen" Europäer. Die Renaissance der Totalitarismus-Theorie aus den 1950er Jahren, die rechte und linke Diktaturen gleichsetzt, nährte bei ihnen Befürchtungen, der Holocaust könne relativiert werden. Die Genfer Politologin Annabelle Littoz-Monnet (2012) hat diesen Wettstreit zweier Bezugsrahmen auf eine Formel gebracht: *„The Holocaust as Unique"* versus *„Hitler and Stalin as equally Evil"*.

Ein antitotalitärer Konsens als Ausweg?

In diesem Spannungsfeld zwischen „Ost" und „West" verfiel das *Europäische Parlament* auf eine symbolische Lösung: Es dekretierte mit Billigung durch den *Europäischen Rat* 2009 einen neuen Gedenktag als Ausdruck eines gemeinsamen europäischen Geschichtsbewusstseins. Die von konservativen Abgeordneten eingebrachte Entschließung „zum Ge-

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.